

Bezugpreis

Ein Heft vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., alle Belegblätter werden unentgeltlich zugesendet. Postnachnahme angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Preisungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich: J. B. Albert Berlin in Halle. [Zentraldruckverbindung mit Berlin und Leipzig.] Jahrgang Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Hinftundswaunziger Jahrgang.

Nr. 64.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 17. März

1891.

Anzeigen werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Pfg. für jede Zeile und mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unfernen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntmachung Seite 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen. Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.

Zum Tode Windthorst's.

Berlin, 15. März. Der unerwartete Hinsung Dr. Windthorst's bedeutet nicht bloß für das Centrum ein folgenschweres politisches Ereignis. In ihm ist der Mann von der politischen Bühne verschwunden, welcher in seiner Zeit der eigentliche Direktor des gesammten politischen Orchesters in Deutschland gewesen war. Seit Windthorst sich hatte in den Sachsenwald zurückziehen müssen, hatte er im Auge eine Position der Regierung nach der anderen genommen. Früher im Schloße als Reichstag und Instrument Cimmerlands behandelt, hatte er es durchgesetzt, das man dort und in der Wilhelmstraße mit ihm rechnen mußte. Seine Hand hatte da faktisch bei der Besetzung Windthorst's als Minister mitgewirkt, dieselbe Hand, die neulich Herrn v. Götzer besitzigen ließ, um einen mirribe unangenehm kesselfertigen Mann zu machen. Herr v. Götzer hatte sich unter dem Druck der Reichstagsbeschlüsse daran gewöhnt, diesen selbstthätigen Mächtigen von Hall zu Hall um sich anzusehen. Tatsächlich ist seit Monaten schon seinen feinen Sinn durch den Regierungsdienst gefaltet. In allen bedeutenden parlamentarischen Fragen gab seine Entscheidung den Ausschlag. Er war im Besitz der politischen Weisheit, welche auf der Grundlage des do ut des die größten Schwierigkeiten besitzigen konnte, mit welchen der Reichstagler zu kämpfen hatte. Und jetzt liegt dieser Kampf auf der Bahre. Insofern steht die Staatsregierung wieder vor einem bedeutsamen Rebus. So lange Windthorst lebte, hielt er die divergirenden Elemente der Fraktion leblich zusammen. Vor seiner Antizität beugten sich alle, auch dann, wenn er dieselbe nicht in ihrem Sinne in die Waagschale warf. Fortan aber fehlt es an einem geeigneten Führer, denn Dr. Forst, den Windthorst selber als solchen bezeichnet haben soll, ist unmöglich in der Lage, diese Synthesarbeit zu überwältigen. Wenn seitens der Regierung die Verhältnis jetzt richtig wahrgenommen werden, es könnte für sie ein Leichtes sein, dem Centrum für die Zukunft ein Paroli zu bieten. So wie die Dinge aber liegen, ist eine solche Ausnutzung nicht gut denkbar und man wird es bedauern, daß er, der Partei diese Weisheit abhandelt. In der Wilhelmstraße fann man ihrer Hilfe leider nicht entzihen. In dieser Beziehung dürfte also alles beim Alten bleiben.

Das Ableben des Abgeordneten Dr. Windthorst wird von der gesammten politischen Welt mit Interesse und Interesse verfolgt. In der Wilhelmstraße fann man ihrer Hilfe leider nicht entzihen. In dieser Beziehung dürfte also alles beim Alten bleiben.

Windthorst stand nicht nur auf der höchsten Spitze der Lebensleiter, er stand auch, was mehr ist, auf der höchsten Stufe seiner Ehre in dem Augenblicke, wo er den preussischen Stulmsminister v. Götzer nach zehnjährigem Kampfe zum Niedertritte gezwungen hatte. Das Alter hat ihm nichts anhaben können. In dem größten Mannesalter des Alters hat er hundertmal sein Leben für sein Volk gewagt. In der Welt der Wissenschaften und in der Welt der Politik hat er sich einen Namen gemacht. In der Welt der Wissenschaften hat er sich einen Namen gemacht. In der Welt der Politik hat er sich einen Namen gemacht.

Er war mit einem Wort: ein Mann der Ueberzeugung, ein Mann im vollen Sinne des Wortes. Er hat sich einen Namen gemacht. In der Welt der Wissenschaften hat er sich einen Namen gemacht. In der Welt der Politik hat er sich einen Namen gemacht.

schaft des Meus über die Schule verhält, um den freien Geist des Volkes in benennende Fesseln zu schlagen, zu tiefer werden, tritt die Huldigung, welche leinert der große Staatsmann dem liebenswürdigsten und ehrlichen Liberalen Conrad Laster in Worten des Haines und des Sonnes darbrachte hat, um so stärker in die Cimmerium.

Der Reichstag, der den Todestfall in seinem nicht-amtlichen Teil und freit: Der Abgeordnete Dr. Windthorst ist heute vormittag der Krankheit, die ihn vor wenigen Tagen befallen hatte, erlegen. Die hohe geistige Bedeutung dieses Mannes und die hervorragende Stellung, welche er seit langen Jahren im Reichstag und im Abgeordnetentage als Führer der Centrumspartei eingenommen, verdrängten die große Teilnahme, welche die Kunde von seinem schweren Entkräften der Ihren Kaiserlichen Majestäten sowohl als bei allen politischen Parteien hervorrief, und fesselte ihm überall, wobei die Rücksicht von seinem Ableben drängt, auch bei denen, mit welchen er in politischen Kampfe gelanden, ein achtingvolles Andenken.

Über die letzten Stunden Windthorst's berichtet die "Germania": Schon vor Mitternacht war die Entscheidung fertig ausgegeben, das Wissen wurde immer schwerer, oft ein Nadeln, von 4 Uhr morgens an erhub der lebhaft phantastische und mit dem Tode ringende seine Stimme zu lauten, längeren Neben, die durch mehrere Zimmer hindurch hörbar waren; wie immer in den Phantomen der letzten Tage waren es innerpolitische Angelegenheiten und Fragen der hohen Politik, die ihn beschäftigten; die längste Rede heute morgen galt der Verteidigung des Jesuitenordens. Kurz vor 8 Uhr morgens wurde der Kranke zutrober, von ihm schwächer, ein Viertel nach 8 Uhr verschied er ohne jeden Todeskampf. Die "W. Ztg." berichtet über das Hinscheiden Windthorst's noch folgendes: "Es traten Dattien ein, in denen der Kranke mit sehr lauter Stimme, die bis auf die Treppe gehört wurde, lange Bitten erhob. Er ließ in seinem Geiste die Gesetzesvorlagen, die ihn in der letzten Zeit beschäftigt hatten, Revue passieren, gedachte dabei des Volkshuldigungsbuches und der Würdigung der Jesuiten, überdacht der geistlichen Orden. In einem späteren Stadium schien es, als ob der Kranke an einer Fehlfahrt sich wähnte und einen Toast auf das Kaiserpaar auszubringen hätte, dessen er mit Bewunderung gedachte. Diese Rede schloß er wortlich: "Die müssen wir leben lassen!" Etwa eine halbe Stunde vor seinem Tode hatte der Kranke einen Augenblick seinen Bewußtsein. Diesen Umstand benutzte seine an Bettel sitzende Tochter Maria, um von ihrem Vater wegen dessen, was sie im Leben ihm vielleicht an Kindesliebe schuldig gelassen sei, Vergeltung zu erbiten, worauf der Kranke sie mit den Worten verhielt: "Mit haben uns ja nie befehligt. Größe die Mutter, wenn du nach Götze kommen willst." Dann schwand ihm das Bewußtsein und ruhige, ohne Todeskampf, fandte er unter den Sterbegerihen, welche die zur Pflege angewandte Krankenschwester sprach, seinen Geist aus."

Der Kaiser sandte am Sonnabend nachmittag in die Wohnung Windthorst's einen prächtigen Kranz mit Blaskreifen, woran die Initialen W. mit der Krone sich befand. Der Rittmeister Alkard in München ließ nach dem Tode nachricht ein Weisheitstelegramm nach Berlin gelangen. Die Zahl der übrigen Weisheitstelegramme von überall ist sehr bedeutend. Am Sonnabend abends 8 1/2 Uhr wurde die Leiche nach der Gedächtniskirche gebracht, wo am Dienstag die feierliche Einsegnung stattfindet.

Der Papst verließ dem Abg. Windthorst vor seinem Tode nach das Großkreuz des St. Gregoriusordens mit einem äußeren Schmuckstücke Handschreibern. Die Verleihung war übrigens seit Wochen beschlossene.

Wie man uns aus Rom meldet, ist der Papst von dem Tode Windthorst's tief ergriffen. Als er die Nachricht erhielt, lief er sofort in sein Zimmer und hat sich einen Tag lang geistlich-mühsam Vorarbeiten verloren. Der Papst wird in den Kirchen ein Lobnaken für Windthorst abhalten lassen. Der päpstliche "Moniteur de Rome" schreibt, Windthorst habe in dem Centrum das Mutter einer politischen Partei geschaffen. Sein Verzicht ist unerwartet. Er ist der Mann des Palmes geworden, im Begriffe, den höchsten Triumpf seines Lebens zu feiern. Sein bester Ruhm lie, daß kein Wort, auf ungerathenen Grundlagen ruhend, ihn überdauern werde. Der pariser "Temps" widmet Windthorst einen eingehenden, sehr sympathischen Artikel und bemerkt, Windthorst allein sei imstande gewesen, das Centrum zusammenzuhalten; er sei mitten im Kampfe gestorben, der Tod habe ihm vielleicht Entschuldigungen erspart die Einheit des Centrums sei bedroht.

Wir wollen unseren Bericht zusammenfassen und zum Frieden alles ordnen. Also auf friedliches Wiedersehen, meine Herren. Das war nach der "Germania" eines der vielen charakteristischsten Worte Windthorst's in den Wiederreden der letzten Tage.

Die Leiche Windthorst's wurde am Sonnabend abends um 8 Uhr nach einer kurzen Trauerandacht, welche im Beisein der Kaiserlichen Majestäten, des Reichstages und aller Reichstagsmitglieder abgehalten wurde, in dem der Entschlafenen aufgehört wurde, nach der Gedächtniskirche überführt. Dagegen die Zeit der Leberführung geheim gehalten worden war, war auf der Straße eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, als der Sarg betragstragen wurde.

Aus Rom meldet uns der Telegraph heute noch einige Neuerungen italienischer Blätter.

Der "Giornale" bemerkt, der Tod Windthorst's sei ein großer Verlust für die ultramontane Partei, deren hervorragender Vertreter in Europa er gewesen sei. Das Organ des Vatikan, "Diffratore Romano" schreibt: Windthorst habe vor seinem Tode den Trost gehabt, fast die letzten Spuren des Kampfes zu gewinnen zu sehen, gegen welchen er mit großer Entschlossenheit gekämpft habe. Der "L'Espresso" glaubt, es werde schwer sein, Windthorst zu ersetzen, sein Tod verleihe die Kirche in tiefste Trauer. Der "Opinione" macht eine ähnliche Bemerkung und fügt hinzu, die Katholiken Deutschlands haben ihren bedeutendsten Leiter verloren, einen

der glänzendsten Vertreter des Reichstages und des Landtags, einen der hervorragendsten Politiker Deutschlands. Der "Opinione" bemerkt, das Windthorst's Tode für die Kirche und das Zentrum ein sehr großer Verlust sei, würde ihm jedoch überleben, da es auf einen Jellen gegründet lie. Die "Vorwa" sagt, Windthorst sei ein Mann von feiner Ueberzeugung gewesen, der auch seinen eigenen Achtung abgenommen habe. Die "Tribuna" konstatiert, insofern seine Güte und Ehrlichkeit habe Windthorst alle Parteien zu Gunsten gebracht.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. März. Der Kaiser unternahm gestern nachmittag nach Aufhebung der Frühmahlzeit eine Ausfahrt durch den Tiergarten und eine längere Brummende. Am 6 Uhr fand aus Anlaß der Anwesenheit der Abordnung des Landesausschusses von Glad-Bohringen bei der Majestät im königlichen Schloße ein Wahl von einigen 60 Gedeihen statt, an welchem u. a. auch der Großherzog von Baden nebst Gemahle und dem bairischen Prinzen v. Trauer teilnahmen. Die Kaiserlichen Kreisfiskalräthe bei, welche den Wahltag im Schloße bei der Wahl bei sich hatten, um Freitag hat sich der Kaiser von Baden zum Wagen nach Wanne begeben, dort ein bereit gehaltenes Pferd bestiegen und war dann mit dem Sechsen seiner Begleitung nach Berlin zurückgekehrt. Im Schloße wurde dann der bis herige Landesausschuss v. Götzer zu einer Abschieds-Audienz und demnach dessen Nachfolger, der Reichstagsminister Graf v. Belding-Berlinghien in einer besonderen Audienz empfangen. Götzer empfing Se. Maj. alsdann den neuen Ober-Präsidenten der Provinz Köln v. Wilmannsberg v. Hüllendorff. Am Abend wohnten die Majestäten der Auf-führung von "Heinrich Heine" im Deutschen Theater bei. Am Sonnabend empfing Se. Maj. u. a. die Abordnung des Landesausschusses von Glad-Bohringen. Ueber diesen Empfang ist an anderer Stelle ausführlicher berichtet. Am Nachmittag empfing der Kaiser den Chef der österreichischen Schuttruppe, Rodolf Schmidt, vor dessen Abreise nach Diaritz. Die Kaiserlichen Majestäten empfingen am heute des gestrigen Tages den Besuch mehrerer Fürstlichkeiten und erzielte verschiedene Audienzen. Der Großherzog und die Großherzogin von Baden wohnten heute vormittag dem Gottesdienst in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei. Der Großherzog empfing alsdann verschiedene hochgeleitete Personen. Am Sonnabend hatten der Kaiser und die Kaiserin nebst Prinzessinnen und Prinzessinen von Anhalt ihren Besuch bei der Abordnung des Landesausschusses von Glad-Bohringen. Ueber diesen Empfang ist an anderer Stelle ausführlicher berichtet. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen am heute des gestrigen Tages den Besuch mehrerer Fürstlichkeiten und erzielte verschiedene Audienzen. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen am heute des gestrigen Tages den Besuch mehrerer Fürstlichkeiten und erzielte verschiedene Audienzen.

Am Sonnabend mittag hat, wie schon telegraphisch erwähnt, Kaiser Wilhelm die Abordnung des elsaß-lothringischen Landesausschusses im Kaiserpalais des Berliner Schloßes empfangen. Die den Glad-Bohringern gewährte Audienz gestaltete sich äußerst feierlich. Der Reichstagsminister v. Caprivi, Staatssekretär v. Boetticher, der Hausminister, die Chefs des Militär- und Civilbüros, sowie das militärische Gefolge des Kaisers waren anwesend. Die Schloßgarden hatten im Paradeanzug Aufstellung genommen. Die Deputation wurde bei der Ankunft im Schloße von dem Hofmarschall Grafen Finckler empfangen und von dem Oberhofmarschall Grafen Finckler bis zu den Stufen des Thrones geleitet, wo der Kaiser in der Uniform der Garde-du-corps, mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens der Ehrengewürde hatte. Nachdem der Kaiser die Erlaubnis erteilt, verlas der Präsident des Landesausschusses, Dr. Schumacher, die Adresse, worauf der Kaiser folgende Ansprache hielt:

Es geriet mir zur Genugthuung, daß der Landesausschuss sich in einer für die Interessen Elsaß-Lothringens wichtigen Frage unmittelbar an mich gemeldet hat. Ich erlicke in dieser Thatsache ein mir werthvolles Zeugnis für das fortwährende Verständnis, welches Mein Wohlwollen und Meine Theilnahme an der Entwicklung Ihres Heimatlandes im Kreise Ihrer Vertreter findet. Auch nehme ich gern die Versicherung entgegen, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung, auf dem Boden der bestehenden, staatsrechtlichen Verhältnisse verharrend, jede Einmischung fremder Elemente zurückweist und den Schutz ihrer Interessen nur von dem Reiche genügt. Indem ich Ihnen für diesen Ausdruck reichsterer Gesinnung Meinen Dank entbiete, bebaueere ich, für jetzt Ihre Wünsche nicht erfüllen zu können. Ich muß mich damit beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß in nicht allzuerner Zeit die Verhältnisse sich gestalten mögen, in welcher an der Beherrschung wiederum Mitbestimmungen eintreten zu lassen. Diese Hoffnung wird um so leichter in Erfüllung gehen, je mehr sich die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Unlösbarkeit der Bande trennen, welche sie mit Deutschland verbinden und sie mitbestimmen in den Entschluß beschließen, allezeit treu und unerschütterlich zu mir und zum Reiche zu halten.

Die Deputation wurde darauf auch von der Kaiserin empfangen. Berlin, 15. März. Aus vorzüglicher Quelle kann ich die frühere Meldung der Saale-Ztg. bestätigen, daß Herr v. Puttkamer auf Betreiben des Kaisers das Oberpräsidium von Pommern in Aussicht gestellt worden ist und wird es nur

den Herrn v. Buttamer selbst abhängen, ob er dies Amt annehmen oder nicht, jedenfalls ist er in kaiserlichen Schloß persona gratissima.

Der „Samb. Nachr.“ bespricht die Nachricht, Herr v. Buttamer werde zum Oberpräsidenten von Pommern ernannt werden, als vertritt, da diese Stelle erst mit dem 1. Juli frei werde, bald jedoch den Eintritt Buttamers in den Staatsdienst für sicher. Die Nat.-Z. sagt, man habe in den meisten Kreisen erwartet, die einseitige Werbung der hohen Verwaltungsdirektoren mit extrem konserватiven Persönlichkeiten, welche seit vielen Jahren stattdessen, werde ein Ende haben. Die Ernennung des Herrn v. Buttamer zum Oberpräsidenten würde umförmere eine Wiederholung dieser Erwartung gleichkommen, da auch in anderen Ländern seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck bei der Werbung eines hohen Verwaltungsbeamten eine entschiedene Abwendung von der früheren Praxis merklich erkennbar geworden.

Aus Berlin schreibt man uns: Der Rücktritt des Kultusministers v. Götler wird noch weitere Veränderungen in leitenden Kreisen nach sich ziehen. Wenigstens wird in wohlunterrichteten Kreisen angenommen, daß auch Herr v. Berlepich im Boden unter den Füßen wanken müsse. Unwahrscheinlich ist derselbe nachher also geworden, daß die Durchführung des von ihm übernommenen Programms leider ein Ding der Unmöglichkeit ist. Und dieser Überzeugung kann man sich jetzt auch nicht mehr im Schloß verhehlen, wo man doch gerade auf diesen Minister die höchsten Hoffnungen gesetzt hatte. Auf den maßlosten Optimismus folgt auch hier die tiefste Niedergeschlagenheit. Ueber die Zustände können die besorgten Kreise, welche nach wie vor über die Erfolge dieses Ministers auf den politischen Markt geworfen werden, nicht mehr hinaussehen, und man wird daher zu ihm, auch Herrn v. Berlepich zu den untergehenden Sternen zu rechnen. Dem heranbraunenden Alter wird er, soweit sich die absolut unstablen Verhältnisse auf dem Regierungsbühnen jetzt schon übersehen lassen, sicherlich als Minister überleben. Die Grube, in die auch er stürzen wird, scheint bereits aufgemauert zu sein, trotz der geringen Abkümmerungen, welche diese meine Behauptung von interessierter Seite vielleicht erfahren wird. Ueber dem Kabinett, das den neuen Kurs zu Ehren bringen sollte, wartet augenscheinlich ein günstiger Stern, denn die mittelmäßigen Säulen, auf die es sich stützt, brechen der Weisheit nach häufig zusammen. Man kann es demnach leicht verstehen, wenn auch Herr v. Caprivi von dem immer selbstbewußter auftretenden Kollegen Wiquel tagtäglich mehr in den Hintergrund gedrängt wird und wenn die öffentliche Meinung sich peu à peu an den Gedanken gewöhnt, daß seine Tage als Reichstangler am Ende doch gelehrt sein können. Das Gefühl der Unsicherheit liegt heute in der Luft, weil niemand mehr daran zweifelt, daß dem neuen Kurs keine impulsive Stetigkeit fehlt, welche das Bismarck'sche Regime charakterisierte. Wenn das Behorung Vermögendes, das in solchen Dingen stets sehr feinfühlig war, Herrn v. Caprivi jetzt schon zu den Toten wies, so macht es sich doch lediglich zum Sprachrohr der politischen Kreise, welche bereits alles Entsetzt mit seinem wachsenden Unvermögen rechnen.

Wie man der Nat.-Z. aus Berlin meldet, war der Reichstangler v. Caprivi am Sonnabend zum Vertrag bei dem Kaiser. „In Angelegenheiten, so führt das Blatt fort, will man sich dem Verhandlung dieses Vertrags, der weit hochpolitisch, sondern eine persönliche Angelegenheit betreffen soll, besondere Bedeutung beilegen; es heißt, die nächsten Tage würden darüber flärenden Austausch bringen.“ Es sei hierbei bemerkt, daß die in mehreren Provinzial-Blättern systematisch verbreiteten Nachrichten von der erachteten Stellung des Reichstanglers als völlig leeres und halbes Gerücht anzusehen sind. (P)

Die „Samb. Nachr.“ bespricht alle Nachrichten von der Annäherung Bismarck's und der Regierung als wahrheitswidrig, schon weil keineswegs das Bedürfnis dafür vorliege, ebensowenig eine prinzipielle Differenz vorhanden sei, welche ein solches Bedürfnis erzeuge oder auch nur Stoff zur Verhandlung böte. Bezüglich Bismarck's Weisheit bei Bismarck lagen die „Nachr.“ der Besuch beider nur die bekannte Tatsache, daß enthaltene Verhimmungen zwischen den beiden Männern nie vorhanden gewesen. Es bestanden wohl zuweilen Meinungsverschiedenheiten, aber nie eine politische Gegensatz. Wenigstens wurde Bismarck demnach nicht einen Gegenbesuch bei Waldersee machen.

Der Friedrichshagen schreibt man uns hierzu: Wenn immer wieder angenommen wird, der Besuch des Grafen Waldersee beim Fürsten Bismarck verbede nur eine politische Mission, so darf man auf das augenscheinliche widerprechen. Es handelt sich dabei um eine ungeschickte nur um die Erfüllung einer ungeschickten Pflicht, die sich der kommunistischen Generalen noch um so weniger entziehen konnte, als der Fürst gerade in der bemerkenswerten Gesellschaft Damour's das größte Ansehen genies. Die Unterlassung dieses Besuchs würde dort als ungeschicklichkeit allgemein verurteilt haben. Ob derselbe mit oder ohne Genehmigung des Kaisers erfolgt ist, wäre somit gleichgültig. Jedenfalls aber hat der Besuch den Fürsten sehr erfreut und der Gegenbesuch in der Kommandantur dürfte bereits in aller nächster Zeit erfolgen. Wie übrigens in der Umgebung des Fürsten verlautet, beruhen alle Ausstellungen über eine angebliche Verhandlung mit Herrn v. Caprivi auf Erfindung. Hier ist wenigstens davon nichts bekannt, wie es auch feststeht, daß weder von Berlin, noch von hier aus darauf abzielende Schritte getan worden sind. Man wird also gut thun, wenn man allen diesen Meldungen kein Gewicht beilegt.

Herr v. Götler hat sich von den Beamten des Kultusministeriums verabschiedet. Geleiteten Willen und augenscheinlich des Ministeriums, wie die B.-Z. berichtet, zum letzten Male das Wort an seine Mitarbeiter und Beamten. Er legte uns seinem Amte, das er zehn Jahre mit fleißiger Hingabe an seine Pflichten verwalte habe, nicht lediglich, weil er sich nach Ruhe sehne, sondern weil die politischen Verhältnisse sich in der jüngsten Zeit so gestaltet hätten, daß er befürchte, unter Umständen eine Last und ein Hemmnis bei den Maßnahmen der künftigen Staatsregierung zu sein. Er glaube deshalb, dem Vaterlande, für dessen Wohl er seine ganze Kraft bisher eingesetzt habe, in diesem Augenblicke einen Dienst dadurch zu leisten, daß er sein Amt niederlege. — Wie pflichtig übrigens das Schreiben des Herrn v. Götler aus seinem Amte erfolgt ist, geht u. a. auch aus dem dem B. Ztg. mitgetheilten Zitat hervor, daß in Warburg noch an demselben Tage,

an welchem der Minister sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, bekannt gegeben wurde, derselbe habe kein Erwidern zu dem im Sommer statfindenden Einweihung der neuen Universitätskula in Aussicht gestellt!

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichs-Polizistens, Dr. v. Stephan, „vor einigen Tagen einen Anfall von Influenza“ gehabt und sich nach Karlsbad begeben habe. Dazu bemerkt das „N. Z.“:

Sollte die Influenza vielleicht nur der übliche Schuppen sein, der sich nicht immer nach einem Wintererhitzen, aber stets kurz vor einem Wintererhitzen, bei den Beherrschten einzuweisen pflegt? Die bekannte Bezeichnung des Herrn v. Stephan auf einen „Vertrag“ mit dem kaiserlichen Telegraphenbureau, welcher, wie sich jetzt herausgestellt hat, gar nicht besteht, soll in der That einige Verwirrung verursacht haben.

Der Reichskommissar v. Wissmann ist am Sonntag in Yaponobo wieder eingetroffen, nachdem er die Straße zum Kilmantjaro durch Ueberwindung aufständiger Huptlinge gesichert hat. Im Süden hat Makema um Gewährung eines Waffenstillstandes nachgesucht, um über Frieden zu verhandeln.

Dem Herrenhaus ist ein Gesetzentwurf vorgelegen, welcher den vereinigten Kreisbinnen von Berlin die Aufnahme von Anleihen zu kirchlichen Zwecken gestattet. — So lange Fürst Bismarck am Ruder war, hat er diese Ermächtigung verweigert.

Ferner ist dem Herrenhaus ein Gesetzentwurf, betr. die Verhinderung der Grenz- und Handelsverträge in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und der Rheinprovinz, vorgelegen.

Die Subdelegation des Reichstags bezieht am Sonnabend den Antrag Richter, zu erklären, daß die verschiedenen Regierungen verfassungsmäßig nicht beauftragt sind, Anleihen ohne Zustimmung des Reichstags auszugeben, wenn im Interesse der Schatzkassen und unter Verhinderung dritter Einnahmen. Abg. v. Bar (Dr.), der als Referent fungierte, erklärte eingehend die rechtlichen Bedenken gegen die Aufnahme der Anleihe. Geh. Rath Kayser suchte das Vorhaben der Regierung zu rechtfertigen. Abg. v. Kallow (son.) beantragte die Vertagung der Verhandlung, da die Diskussion noch keine Zeit gehabt hätte, sich mit der wichtigen Sache zu beschäftigen. Die Kommission beschloß demgemäß, nachdem Geh. Rath Kayser zugestimmt hatte, daß bis dahin definitive Bestimmungen über die Aufnahme der Anleihe nicht getroffen werden, die Vertagung zu vertagen. Nächste Sitzung Montag.

Nach einer Meldung der Köln. Ztg. aus Gießen würde hätte Abg. Schoof erklärt, er verbringe sich mit seinem Landtagsmandat dafür, daß Fürst Bismarck die vollzogene Wahl zum Abgeordneten annehmen werde.

Zu der kürzlich erwähnten geheimen Forderungsgeschichte, in welcher einem alten Staatsminister, zwar ohne Namensnennung, aber für einige Personalien deutlich genug, nachgesagt wurde, daß er zu verhandeln, habe mit Hilfe seiner Stelle durch Entnahme von Mitteln aus dem Bundesfonds die finanziellen Schwierigkeiten eines Verwandten zu beheben, bemerkt der Hamb. Kor.: Es ist richtig, daß der Minister drei Jahre in finanzielle Bedrängnisse geratenen Verwandten durch persönliche Einreden unterlief, daß dies jedoch aber, wie wir aus dem Bericht des wahren Sachverhalts berichten können, in jener lokalen und forellen Form, deren sich höhere Beamte und Gentlemen bei ähnlichen durchgehenden Hilfeleistungen zu bedienen pflegen, selbstverständlich also auch ohne Ananprahme von staatlicher Mittel.

Herr Regierungs-Beisitzer Kay, kommissarischer Landratsamtsverwalter in Guben, erhielt der Nat.-Ztg., die von ihm mittelbare Werbung des Erlaubnis, dahin lautend, daß er als Sohn eines liberalen Abgeordneten Landrat werden wolle, sei seitens des Regierungspräsidenten Herrn v. Buttamer, als er sich ihm Anfangs Januar d. J. vorstellte, nicht gefallen.

Nachrichten der Nat.-Z. zufolge wird der Reichskommissar Herr Geering nicht wieder nach dem sibirischen Expeditionsschutzbataillon zurückkehren. Es liegt vielmehr in der Absicht des kaiserlichen Amtes, den Chef der Schutztruppe, Herrn Hauptmann v. François, mit der Wahrnehmung der kommissarischen Geschäfte zu betrauen.

Der zum Intendanten der ostindischen Schutztruppe ernannte Militär-Intendanten-Beisitzer Dr. Kanitz verläßt morgen Berlin, um sich zunächst nach Kassel zu begeben, von wo aus er am 19. d. in Gemeinshaft mit Herrn v. Soden die Reise nach Ostasien antreten wird.

Der Ober-Präsident v. Gagemann aus Schleswig ist am Freitag auf Helgoland eingetroffen, um den Erfolg des verfassungsmäßigen Gemeindefestivals zu regeln und die Wünsche der Bevölkerung hierüber zu hören.

Strasburg i. E., 14. März. Die Regierung hat dem Bundeskanzler einen Gesetzentwurf vorgelegt, betr. die Erhöhung der Uebergangsabgabe auf aus anderen Bundesstaaten eingeführtes starkes Bier von 230 Mk. auf 3 Mk. — entsprechend dem Betrage des Bundesstrahs. — Der Statthalter Fürst Hohenlohe ist heute vormittag von München wieder hierher zurückgekehrt.

Köln, 14. März. Der „Köln. Volkszeitung“ zufolge sind auf die Tagesordnung des internationalen Bergarbeiterkongresses in Paris folgende Verhandlungsgegenstände gesetzt: Erklärung eines internationalen Verbandes, allgemeiner internationaler Ausbruch zwecks Erlangung des achtstündigen Arbeitstages, Verbot der Vergleiche des Auslandes gegenüber einem allgemeinen Auslande in einem Lande, Diskussion der besagten Vorfragen.

Wie die Köln. Volksz. meldet, habe sich in der Versammlung der Südbayer Erben-Auswah-Mitglieder eine Injektion ganz, andere Injektionen teilweise gegen die Beibehaltung des Pariser Bergarbeiterkongresses ausgesprochen. Die Versammlung verlief ohne Resultat.

Carlsruhe, 14. März. Die Mitglieder des Erbenauswahs des ersten Bundesstills erklären sich gegen den internationalen Kongress. Sie verurtheilen den Worten des Kaisers und wollten mit französischen und belgischen Umstürzern nichts zu thun haben.

Hamburg, 14. März. In der gestern abgehaltenen Versammlung des Unternehmersvereins der Tabakarbeiter wurde beschlossen, in Rücksicht auf den Mangel an Unternehmungen den Streik fortzusetzen zu erklären. Der verloren gegangene Streik hat über 400,000 Mk. gekostet. Die Carlsruher Arbeiter haben heute zur Arbeit zurück. Durch den Verlust des Streikes ist die Organisation der Carlsruher Arbeiter fast vollständig aufgelöst.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

89. Sitzung am 14. März, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Präsident v. Loebe von dem Abg. Dr. Windthorst folgenden Rath an, den die Anwesenden stehen angehören:

Wir stehen tief bewegt unter dem Eindruck der Trauer. Der Abg. Dr. Windthorst, welcher noch am vergangenen Montag unter dem Anstrich eines Sonnenstrahls in der feinsten Bekleidung an unseren Verhandlungen sich betheiligte, ist heute früh 8½ Uhr nach kurzer Krankheit in seinem 80. Lebensjahre aus dieser Weltlichkeit abberufen worden. Mitglied des Norddeutschen und Reichstages von Anfang an, seit fast 25 Jahren, hat Dr. Windthorst durch seine unermüdete Thätigkeit, seine unerschrockene, seine Geduld, sowie seine hohe, sich verlässlichen Ernstes zu verdienen und ihn zu thun, durch seinen weiten Blick den Bestraut eines Politikers und Parlamentarier's, und unter uns eine Stellung von eminenter Bedeutung sich erworben. Wenn er, und das geschah bei jeder wichtigen Angelegenheit, das Wort ergriß, so waren wir auf allen Seiten des Hauses gewohnt, seinen Rede zu lauschen. In und außerhalb des Hauses wurde auf seine Meinungen über schwere Fragen großes Gewicht gelegt, und gar oft ist sein Wort schwer in die Geschichte gefallen. Auch im verstorbenen Reichstag verstand es der Deimgegangene, durch Lebenswichtigkeit, Humor und frische Kraft und Weisheit, sich und Raum an sich zu stellen, und tief, persönlich habe ihm für manche Weisheit seine freundlichen Bemerkungen herzlich zu danken. Sein Gedanke im Reichstag würde rechts und links und in der Mitte so vermischt werden wie viele verehrte kleine Exzellenzen. Sein Leben ist stöcklich gewesen, denn es ist Mühe und Arbeit gewesen von Jugend an bis in das höchste Greisenalter, und arbeitend ist er gestorben. Sie haben, m. H., zur Ehre des Deimgegangenen sich erhoben, indem sie die Worte ausgesprochen haben: „Er war ein Held.“ Das Haus hat darauf die dritte Beratung des Etats bei dem Militär-Etat fort.

Bei Kap. Militärjustizverwaltung kommt Abg. Frdr. v. Stauffenberg (Dr.) auf die gestrigen Erörterungen über die Militärstrafverordnungen zurück und tritt bei dem geltenden Antrage entgegen, daß die Offensivität des Militärgerichtsverfahrens in Bayern unzulässig im Gesetzgehebe habe. Diese Offensivität ist seiner Zeit vom hiesigen Kriegsministerium selbst vorgebracht und ohne Diskussion angenommen worden, weil eine solche Bestimmung allgemein für selbstverständlich galt. Auch neuerdings ist bei hiesiger Kriegsminister mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, daß ein solches Verfahren nicht geeignet sei, den Offensivität im Gesetzgehebe nicht über dem unparteiischen Reichstag garantiert, ohne dieselbe trägt jedes Gerichtsverfahren von vornherein den Stempel der Untugend an der Stirn. Neben der Strafe im weiteren, daß die Zahl der Soldatenmilitärs in Bayern größer sei als anderswo; nur kommt dort jede Mißhandlung nicht die Offensivität.

Abg. Dr. Richter (Dr.) entschuldigt die gestrigen Ausführungen des Abg. Samula als gemacht unter dem Eindruck der Provocation durch den Abg. Wedel. Die Offensivität des Militärgerichtsverfahrens ist allerdings wünschenswert. Die öffentliche Kritik gegenüber die Disziplin des Heeres durchdringt nicht. In Bezug auf Soldatenmilitärs ist eine Bestimmung der Verhältnisse dringend nötig, der Bestimmung, der auf dem Reiter allerdings sehr wichtig sei, bringe für diejenigen, die ihn gingen, viele Nachteile mit sich.

Abg. Dr. v. Marquardsen (Dr.) tritt ebenfalls für die Offensivität in der Militärgerichtsbarkeit ein und erklärt, daß in Bayern niemand an eine Veränderung denken würde, während es sich um die Offensivität im weiteren, ein einseitiges Bestehen der Militärgerichtsbarkeit zu schaffen, das sich bezüglich der Offensivität Bayern zum Nachteil nehme.

Abg. Samula (Dr.) erwidert darauf, daß alle Ausführungen ein eines befehlen nicht befehlen haben, und daß er auf keinen Fall angeschlossen Standpunkte stehen bleibe. Die Anträge des Reichstages sind nicht zu ändern, sondern zu bestehen.

Abg. Sinner (Dr.) betont dagegen, daß der Nachweis der Unrichtigkeit der Weisungen der Offensivität nicht erbracht sei. Diese Ausführungen beruhen auf wahren Thatsachen. Wenn auch die Disziplin den bestehenden Zustand als den besten ansehen, so ist das doch im Widerspruch mit der Justiz (Widerpruch rechts), und die Offensivität ist nicht zu ändern, sondern zu bestehen, und die Offensivität des Gerichtsverfahrens liegt gerade im Interesse des guten Rufes der Armee. Das Weiserecht steht nur auf dem Reiter, denn der Soldat erbehe seine Beschwerde aus Furcht, später deswegen umförmere gleichgültig zu werden.

Abg. Frdr. v. Stauffenberg wendet sich gleichfalls gegen die Ausführungen des Abg. Samula. Die Offensivität hängt gerade die Autorität und die militärische Disziplin; denn man würde die ungeredigteten Beschwerden am besten verschlucken.

Kriegsminister v. Falkenhayn-Stauchen erklärt, daß bei der gegenwärtigen Lage der noch schwebenden Verhandlungen über die Militärstrafverordnungen er sich weder nach der einen, noch nach der andern Richtung hin ausprechen könne. Jedenfalls aber habe die Armee die Offensivität nicht zu scheuen.

Abg. Richter (Dr.): Wir sind auch der Ansicht, daß die Armee die Offensivität nicht zu scheuen hat, seien aber daraus die Konsequenzen, was nun endlich einmal die Offensivität des Gerichtsverfahrens aufgehoben wird, welche die Offensivität seit nunmehr 25 Jahren ungeschickt verlangt. (Sehr richtig.)

Abg. Wedel (Dr.) hält dem Abg. Samula entgegen, daß seine einzige der von dem Redner geltend angeführten Thatsachen widerlegt worden sei.

Das Kapitel wird beiwillingt.

Zum Kapitel „Zur Beschaffung von Dienstverden“ liegt ein Antrag Kayser vor, die Weiseregeben auch den rationsberechtigten Offizieren der fahrenden Artillerie zu gewähren.

Abg. Hahn (Dr.) befragt seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß dieselben Gründe wie für die Gewährung der Weiseregeben sind die Hauptgründe auch für die fahrende Artillerie maßgebend seien. Diejenigen, welche gegen die Position in der zweiten Sitzung sprachen, hätten nur gegen die Weiseregeben für die Offiziere der Kavallerie gesprochen; die fahrende Artillerie gelde aber zu den Schutztruppen.

Kriegsminister v. Falkenhayn-Stauchen: Der Antrag bezieht eine der Parteien, welche durch den Beschluß zweiter Sitzung herbeigeführt worden sind. Freilich wäre es wünschenswert gewesen, daß auch noch weitere Parteien angesprochen worden wären.

Das Kapitel wird mit dem Antrage Hahn angenommen.

Weim. Militär. Artillerie und Waffenwesen“ sagt Abg. Kallow (Dr.) über Artilleriewerkzeuge, welche durchgängig über Artillerieanlagen seien, wobei in der Behandlung der Arbeiter, noch in Hinblick auf die für solche Arbeiten gemachten Abzüge, noch auf die Höhe der Löhne. Es werden oft Abzüge gemacht für Arbeiten, die durch viele Hände gegangen sind, und so muß der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden. Das böse Beispiel der Staatsverwaltungen werde das gute Beispiel der privaten Verwaltungen überleben. In Spandau soll sogar der Soldat das Recht haben, welches in anderen Ländern nicht verkennt. Die selbige Artillerie-Verwaltung, welche in Spandau nicht einbezogen. Ein Arbeiter, der sich beschwert, werde einfach entlassen. In Spandau würden die Arbeiter sogar gezwungen, an Ratens Gehaltszahl zu liefern. Redner verweist ferner einige Paragraphen aus der Arbeitsordnung der Gewerbe-Inspektoren in Anbetracht, welche er ein Mittel zur Aufhebung der Arbeiter-Verhältnisse. Für das Reich ist es nicht möglich, die Abzüge abzugeben. Ein Antrag von einer Maxime über den Arbeit

sehr weit, für die Herren auf der Rechten freilich fast eine Maxime bedeutend. Das Arbeitsreglement bände jede Freiheit, da den Arbeitern unter Anwendung der Entlohnung die Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Verein verboten sei. Dadurch erzwingt man auf dem einen oder anderen Wege die Anwesenheit. Wenn man nicht in einzelnen Fällen an, doch dort wo Arbeiter unter 16 Jahren einzeln lange wie die Erwachsenen arbeiten. Das mündelrechtliche der Gewerbeordnung. Ferner tabelt Heber, daß sämtliche Arbeiter an die Pensionskassen Beiträge zahlen, ohne daß sie auch herangezogen werden, wenn sie entlassen werden oder selbst abgehen. Es sei ferner die Bestimmung getroffen worden, daß den Arbeitern die bisher besagte Vergütung entzogen werde.

Herr v. Weihe tritt den Schiedsverfahren des Vorredners über die Gewerkschaft in Spanien entgegen. Sind Wünsche vorhanden, so wird die Gewerkschaft alle Anmerkungen darauf verwenden, dieselben zu befriedigen. Was das Geschäftliche der Arbeit an patriotischen Zeiten betreffe, so kommen die Arbeiter an diesen Tagen je 3 M. aus den dem Reichstag bewilligten Fonds. Die Arbeitstämme seien nicht darauf, daß die Gemüthsheit der Arbeiter dadurch geschädigt werde.

Herr v. Weihe erklärt, daß die Gewerkschaften nicht Anstalten geben zu können, daß das Material gegenwärtig nicht vorliegt. Was sich Wünschenswertheit, sei die Gewerkschaften betreffe, sie zu befestigen. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche. Herr v. Weihe erklärt, daß er nichts weiter als eine genaue Untersuchung der Verhältnisse wünsche.

Die Diskussion wird geschlossen und der Rest des Marinetats debattiert geschlichtet. Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Montag 1 Uhr (außer dem Patentgesetz, Schuttruppe in Ostafrika, Beilagen).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Blg.)

Abvorbereitungen.

57. Sitzung vom 14. März, 10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet Präses v. Köster dem an diesem Morgen verstorbenen Abg. D. Windhorst den die Mitglieder herzlich tiefgefühlter Anteilnahme. Der Abg. D. Windhorst ist verstorben. Noch bis vor wenigen Tagen nahm er, wie immer, regelmäßig an unseren Sitzungen theil. Sein Befehl ist eine Ungewöhnlichkeit, welcher er heute morgen 12 Uhr erlag. Der Verstorbenen werden den Hause seit dem Jahre 1877 an. Er hat an der Arbeit des Hauses einen so hervorragenden, so ausschlaggebenden Anteil genommen, daß die Mitleid, die sein Tod verursacht, noch lange und schmerzlich im Hause empfunden werden wird. Ich bitte Sie, zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Der Richter rekurirt kurz die Gründe, welche es ihm unmöglich machen, für das neue Gewerbeverbot im ganzen zu stimmen. Die Vereiningen der kleinen Händler und eines Theiles der Handwerker lassen sich unter entsprechender Umgestaltung der Steuerentlastung, indem man den Anfall auf die Sozialkassen übernimmt. Durch das neue Gesetz aber wird die Gewerbesteuer auf eine Grundlage gestellt, welche nach 1891 stärker als bisher steigende Beiträge dem Gewerbe auferlegt, während die Steuerentlastungen faktisch mit dem sinkenden Gewerbesteuer an Bedeutung verlieren müssen. Dies geschieht in einem Augenblicke, wo man sonst das Prinzip der Doppelbelastung zugunsten einer Verringerung von Steuern und Gewerbesteuer ankommen aufgeben will. Unter Antrag von Entlohnungsvereinigungen, hierin auch die Gewerbevereinigungen, ist abgelehnt worden. Der Finanzminister hat sich auf dunkle Andeutungen in betreff der zukünftigen Ueberbearbeitung der Gewerbebesteuer beschränkt, aber selbst hervorgehoben, daß die jetzigen Veränderungen nicht geeignet seien, die Umgestaltung der Gewerbebesteuer zur Kommunitativsteuer zu machen.

Diese prinzipiellen Bedenken werden vergrößert insbesondere durch drei Neuerungen im einzelnen: die Ausdehnung der Gewerbebesteuerpflicht auf viele bisher steuerfreie Betriebe, auch auf solche, welche der Gewerbebesteuerpflicht niemals überzuleiden werden werden. Zweitens die Einführung einer Zwißelbesteuerung und Ueberhebung der Gewerbebesteuer, welche durch unangenehme, festgesetzte Abgaben, ist, als ob das Gewerbegebiet an sich wesentlich ist und durch höhere Steuerbelastung fortgesetzt werden müßte. Das Gewerbegebiet leidet gerade gegenwärtig, wie ich nicht näher darzulegen brauche, unter den neuen hohen Kommunitativ. Drittens hätte ich gerade jetzt die höhere Belastung der Gewerbebesteuer in dem vorliegenden Jahre nicht für gerechtfertigt. Diese neue Annullitätsversicherung belastet diese größeren Betriebe erheblich nach Maßgabe der Arbeitskraft. Dazu kommt, daß eben jetzt alle Aktiengesellschaften darunter eine Zwißelbesteuerung eingeführt wird in Form der beiderseitigen Gesellschaften, welche fähig neben der Einkommensteuer erhoben werden. Ich halte mich unterliegt es mir, überhaupt keinen Zweifel, daß alle individuellen Betriebe und Städte unter dem neuen Gewerbeverbot weit mehr zu bezahlen haben werden als unter dem gegenwärtigen. Die Vereiningen und Gleichstellungen werden vorzugsweise nur den lässlichen Bestreben zum Vortheil gereichen. Die Steuerbelastung im Lande würde also wiederum zu Ungunsten der unglücklichen Bezirke werden. Dies halte ich für unangenehm und fähig den allgemeinen prinzipiellen Bedenken, welche ich darlegte, gegen das Gesetz im ganzen.

Herr v. Rauchhaupt (kon.): Meine politischen Freunde werden für das Gewerbeverbot in der Fassung der zweiten Lesung stimmen. Sie haben aber den Wunsch, daß dieselbe im Jahre 1892 in Kraft tritt, nicht erfüllt. Ich würde mich für die Landgemeinderäte in Kraft treten, welche auf die Uebersetzung der Gewerbebesteuer Bezug nimmt. Erklärt die Regierung, daß die neue Gewerbebesteuer sich bis 1892 nicht einführen läßt, so müßte wir bei der Landgemeinderäte darauf Rücksicht nehmen. Sodann tritt in auch die neue Einkommensteuer mit ihren Einkommen, welche fähig neben der Einkommensteuer erhoben werden. Ich halte mich unterliegt es mir, überhaupt keinen Zweifel, daß alle individuellen Betriebe und Städte unter dem neuen Gewerbeverbot weit mehr zu bezahlen haben werden als unter dem gegenwärtigen. Die Vereiningen und Gleichstellungen werden vorzugsweise nur den lässlichen Bestreben zum Vortheil gereichen. Die Steuerbelastung im Lande würde also wiederum zu Ungunsten der unglücklichen Bezirke werden. Dies halte ich für unangenehm und fähig den allgemeinen prinzipiellen Bedenken, welche ich darlegte, gegen das Gesetz im ganzen.

Finanzminister Dr. Müllers: Die Bedenken von Herrn Richter glaube ich schon bei den früheren Meinungen widerlegt zu haben. Im Hinblick auf den Wunsch, nicht erfüllt zu werden, ist es mir, überhaupt keinen Zweifel, daß alle individuellen Betriebe und Städte unter dem neuen Gewerbeverbot weit mehr zu bezahlen haben werden als unter dem gegenwärtigen. Die Vereiningen und Gleichstellungen werden vorzugsweise nur den lässlichen Bestreben zum Vortheil gereichen. Die Steuerbelastung im Lande würde also wiederum zu Ungunsten der unglücklichen Bezirke werden. Dies halte ich für unangenehm und fähig den allgemeinen prinzipiellen Bedenken, welche ich darlegte, gegen das Gesetz im ganzen.

Herr v. Weihe (kon.): Verschiedene Bestimmungen dieses Gesetzes machen es mir schwer, für dasselbe zu stimmen. Zunächst gehört dazu die Besteuerung der Gewerkschaften, welche weit über das Maß des praktischen Bedürfnisses hinausgeht. Dazu kommt die andere Besteuerung des Schaufgewerbes, dessen Uebersetzung in den letzten Jahren gezeigt hat, wie sehr es dem Bedürfnis des anständigen Publikums entgegenkommt. Auch das ist für mich bedenklich, daß eine Kontingentierung in unrem Einkommen nicht vorgehen ist. Leider ist die Forderung der Grenze für die steuerfreie Klasse bis zu 2000 M. nicht durchgegangen, desto mehr ist es Pflicht, die untere Stufe zu ermäßigen und den Satz von 10 M., welchen die Regierung zu vorgezogen hat, in das Gesetz wieder einzuführen. Denn selbst bei diesem niedrigen Satze wird die Gewerbebesteuer mit der Zeit erhebliche Entnahmen bringen. Je höher aber auch zugleich die Entnahmen aus der Einkommensteuer steigen, umso mehr ist es angezeigt, die Gewerbebesteuer den Kontingenten zu überlassen, denn nur in der ganzen Natur nach gehört. Doch aller dieser Bedenken halte ich mich mit einem Theile meiner Freunde das Gesetz für einen Fortschritt in vielen Beziehungen, und wir werden aus diesem Grunde dafür stimmen.

Herr v. Weihe (kon.): Verschiedene Bestimmungen dieses Gesetzes machen es mir schwer, für dasselbe zu stimmen. Zunächst gehört dazu die Besteuerung der Gewerkschaften, welche weit über das Maß des praktischen Bedürfnisses hinausgeht. Dazu kommt die andere Besteuerung des Schaufgewerbes, dessen Uebersetzung in den letzten Jahren gezeigt hat, wie sehr es dem Bedürfnis des anständigen Publikums entgegenkommt. Auch das ist für mich bedenklich, daß eine Kontingentierung in unrem Einkommen nicht vorgehen ist. Leider ist die Forderung der Grenze für die steuerfreie Klasse bis zu 2000 M. nicht durchgegangen, desto mehr ist es Pflicht, die untere Stufe zu ermäßigen und den Satz von 10 M., welchen die Regierung zu vorgezogen hat, in das Gesetz wieder einzuführen. Denn selbst bei diesem niedrigen Satze wird die Gewerbebesteuer mit der Zeit erhebliche Entnahmen bringen. Je höher aber auch zugleich die Entnahmen aus der Einkommensteuer steigen, umso mehr ist es angezeigt, die Gewerbebesteuer den Kontingenten zu überlassen, denn nur in der ganzen Natur nach gehört. Doch aller dieser Bedenken halte ich mich mit einem Theile meiner Freunde das Gesetz für einen Fortschritt in vielen Beziehungen, und wir werden aus diesem Grunde dafür stimmen.

Herr v. Weihe (kon.): Verschiedene Bestimmungen dieses Gesetzes machen es mir schwer, für dasselbe zu stimmen. Zunächst gehört dazu die Besteuerung der Gewerkschaften, welche weit über das Maß des praktischen Bedürfnisses hinausgeht. Dazu kommt die andere Besteuerung des Schaufgewerbes, dessen Uebersetzung in den letzten Jahren gezeigt hat, wie sehr es dem Bedürfnis des anständigen Publikums entgegenkommt. Auch das ist für mich bedenklich, daß eine Kontingentierung in unrem Einkommen nicht vorgehen ist. Leider ist die Forderung der Grenze für die steuerfreie Klasse bis zu 2000 M. nicht durchgegangen, desto mehr ist es Pflicht, die untere Stufe zu ermäßigen und den Satz von 10 M., welchen die Regierung zu vorgezogen hat, in das Gesetz wieder einzuführen. Denn selbst bei diesem niedrigen Satze wird die Gewerbebesteuer mit der Zeit erhebliche Entnahmen bringen. Je höher aber auch zugleich die Entnahmen aus der Einkommensteuer steigen, umso mehr ist es angezeigt, die Gewerbebesteuer den Kontingenten zu überlassen, denn nur in der ganzen Natur nach gehört. Doch aller dieser Bedenken halte ich mich mit einem Theile meiner Freunde das Gesetz für einen Fortschritt in vielen Beziehungen, und wir werden aus diesem Grunde dafür stimmen.

Steuerentscheidung beantragt Abg. Brandenburg, die Beschlüsse des Steuerentscheidungs, die Sachverhältnisse selbst zu entscheiden, zu streichen.

Abg. Brandenburg (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Herr v. Weihe (kon.) befragt vorersehen Antrag mit der Begründung, daß der Eid nur vor den Richter gehöre.

Prind-Damen-Plaids, in den apartesten Farbenstellungen, J. Lewin, reine Wolle, extra gross, Halle, Saale.

Rudolph Hertzog

12—15. Breitestr.

Berlin C.

Brüderstr. 27—29.

Gros und detail. **Feste Preise.**

Gründung 1839.

Eigenes Haus in Plauen i. V.
für Einkauf und Veredlung der Gardinen-Fabrikate.

Die Firma empfiehlt ihre soeben zur Auslage kommenden

Neuheiten der Saison

in

Manufactur-, Mode-, Seiden- und Leinen-Waaren,
Tafelzeugen, Elsasser Baumwollen-Waaren,
Stickereien, Spitzen und Spitzen-Stoffen, Gardinen,
Möbelstoffen, Portièren, Tisch-Decken,
Divan-Decken, Bettvorlegern, Tüchern, Strümpfen,
Tricot-Artikeln jeder Art, Schlaf- u. Stepp-Decken,
Reise- und Pferde-Decken, Schürzen, Jupons,
Schirmen etc.

Franco-Versand aller Aufträge von 20 Mark an.

Die Firma unterhält für den Verkauf weder **Zweiggeschäfte**
noch **Reisende oder Agenten.**

An Sonntagen und christlichen Feiertagen
bleiben die Verkaufsräume und Bureaux geschlossen.

Proben resp. Abbildungen aller obigen Artikel postfrei.

Der in einer Auflage von 200,000 Exemplaren im Druck befindliche

Frühjahrs-Catalog

wird nach Fertigstellung auf Wunsch gratis und franco zugesandt.